



POLITIK / REPORT

Die Linke - menschen- und alltagsnah ... Raul Zelik im Gespräch

*Gespräch am 15. Dezember 2019
in Berlin*

(SB) - Der promovierte Politikwissenschaftler Raul Zelik gilt als profiliertes Mitglied der jüngeren politischen Literatur, forscht, lehrt und publiziert aber auch auf sozialwissenschaftlichem Feld. Seit 1985 hielt er sich regelmäßig in Lateinamerika auf, seit 1992 arbeitet er als freier Autor. Sein Debütroman "Friss und stirb trotzdem" erschien 1997 bei Edition Nautilus. Seither folgten zahlreiche literarische, journalistische und akademische Veröffentlichungen u.a. für ... (S. 4)

UMWELT / MEINUNGEN

Klimaüberlebenskampf - verdampfte Ethik und Moral ...

(SB) - Anlässlich des Plans der australischen Behörden, vom heutigen Mittwoch an fünf Tage lang vom Hubschrauber aus mehr als 10.000 wild lebende Kamele zu erschießen, stellen sich Fragen. Die Tiere haben Durst und dringen auf der Suche nach Wasser in die Siedlungen ein. Dort versuchen sie, beispielsweise an die Wasserspeicher von Klimaanlage heranzukommen, und richten dabei Medienberichten ... (S. 15)

Die Linke - Demokratieverheißung und Parteienlogik ...

Katharina Dahme im Gespräch



(SB) 8. Januar 2020 - Katharina Dahme ist langjähriges Mitglied in der Partei Die Linke und aktiv im Landesverband Berlin. Sie gehört zum Kreis derjenigen Parteimitglieder, die die Gründung der Bewegungslinke initiiert haben, und hat in den vergangenen zwei Jahren im übergangsweise eingerichteten Koordinierungskreis mitgearbeitet. Am Rande der Gründungsversammlung, die am 14. und 15. Dezember 2019 in Berlin stattfand, beantwortete sie dem Schattenblick einige Fragen zu dieser neuen Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) innerhalb der Partei Die Linke.

Katharina Dahme

Foto: © 2019 by Schattenblick

Schattenblick (SB): Katharina, müßte Die Linke nicht stets eine Partei in Bewegung sein? Warum also Bewegungslinke?

Katharina Dahme (KD): Zum einen glaube ich, daß nur Teile der Partei für sich selber in Anspruch nehmen, Partei in Bewegung zu sein. Daß die Partei auch Partei in Bewegung sein möchte, wie auch das Motto eines der letzten Parteitage besagte, ist keine Selbstverständlichkeit und schon gar nicht gelebte Praxis vor Ort. Das ist sehr unterschiedlich in den Kreisverbänden. Wir wollen

deutlich machen, daß eine Linke, die eine starke Bewegungsorientierung hat, eine zukunftsfähige Linke ist. Wir wollen uns breiter aufstellen und mit mehr Kreisverbänden in der Partei mit einem solchen Anspruch vor Ort mit der Bewegung zusammenarbeiten.

SB: Wie ist das Verhältnis zu sozialen Bewegungen? Gibt es eine spezielle Orientierung darauf, diese Verbindung herzustellen?

KD: Ja, auf jeden Fall. Wir sind der Meinung, daß linke Politik gerade auch in Parlamenten davon lebt, daß gesellschaftlich Druck gemacht wird, und dafür sind soziale Bewegungen unsere Hauptbündnispartner, von den Gewerkschaften bis hin aktuell zu Fridays for Future. Aber auch da ist die Frage, was das für die Arbeit der Linken bedeutet. Viele Linke haben ein instrumentelles Verhältnis zu sozialen Bewegungen und glauben, wenn man dort mit einer Fahne hingehet, bewirkt das, daß man als Partei gewählt wird. Wir erheben eher den Anspruch, als Partei so etwas wie eine dienende Rolle gegenüber Bewegungen einzunehmen, also auch Ressourcen bereitzustellen, die uns als Partei zur Verfügung stehen. Damit soll zum einen der Parteaufbau unterstützt werden, es geht aber auch darum, sich für soziale Bewegungen einzusetzen. Wir begreifen uns als Partei eher als organischer Akteur in Bewegung, als zu sagen, man geht zu den Bewegungen hin, als wären wir nicht selber Teil von ihnen. Es geht darum, sich selbst als Akteur zu begreifen, der Bewegung mit initiiert, aufbaut und unterstützt.

SB: Der auf der Energiekonferenz 2010 der Linkspartei in Hamburg [1] gemachte Auftakt, in die jetzt

so wichtige Klimathematik vorzustoßen, ist praktisch verebbt. Unter anderem auch aufgrund des Konfliktes "Kohlekumpel gegen Ökoaktivisten" der, wie sich mehr und mehr herausstellt, kein wirklicher Konflikt ist. Wo sollte sich Die Linke bei diesem Thema verorten auch vor dem Hintergrund dessen, daß die Grünen jetzt so etwas wie einen grünen Kapitalismus praktizieren?

KD: Erst einmal glaube ich, daß diese Trennung, die teilweise auch in der Linken zwischen ArbeiterInnenklasse und Klimabewegungen aufgemacht wird, so nicht ganz stimmt. Viele Leute, und gerade diejenigen, die in der Automobilindustrie beschäftigt sind, wissen um die Endlichkeit ihrer Berufsperspektive. Daß da eine Konversion, ein radikaler Umbau stattfindet, ist ihnen auch bewußt. Die Frage ist eher: Wie kann man ihnen die Angst davor nehmen, nachher auf der Straße zu sitzen? Insbesondere gilt es, gleichwertige Arbeitsverhältnisse für diejenigen, die einen sozialen Abstieg befürchten, zu schaffen, wo sie auch sinnvolle Arbeit verrichten, mit der sie einen Beitrag zum Klimaschutz leisten können. Allein zu sagen, du kriegst irgendeinen anderen Job, der aber vielleicht nicht die gesellschaftliche Anerkennung hat, reicht nicht. Man muß schon gleichwertige Arbeit schaffen, die aber möglichst sinnvoller ist als der bisherige Job.

Ich glaube, es gibt durchaus ein ausgeprägtes Interesse bei den Beschäftigten, daß man zukunftsfähige, moderne Arbeit schafft. Deswegen scheint mir diese Trennung erst einmal falsch zu sein. Statt dessen muß man selber ganz

praktisch einen Zusammenhang herstellen im Sinne dessen, was wir als verbindende Klassenpolitik begreifen. Wir haben darüber die letzten zwei Jahre in der Partei viel theoretisch diskutiert, nun fordern viele praktische Beispiele ein oder aber behaupten, daß dies in der Praxis nicht funktionieren würde. Ich glaube, daß das nicht stimmt.

Ein bißchen verschlafen haben wir bei der Kohleproblematik, die Beschäftigten der Kohleindustrie mit den Kohlegegnern an einem Tisch zusammenzubringen. Da kann man schon das Gefühl haben, daß es da eine starke Radikalisierung und Mobilisierung aneinander vorbei gegeben hat. Die Linke müßte eigentlich die Partei sein, die versucht, diese verschiedenen Gruppen zusammenzuführen und an einen Tisch zu setzen. Da haben wir Nachholbedarf, vor allem in Hinsicht auf die möglichen Umbrüche in der Automobilindustrie, die uns erwarten, und auf den Wunsch nach einer Verkehrswende. Es ist durchaus noch möglich zu organisieren, die Gewerkschaften und Beschäftigten der Automobilindustrie auf einer Seite gemeinsam mit denjenigen, die für mehr Klimaschutz protestieren, an einen Tisch zu setzen und gemeinsam zu überlegen, wie mögliche Umbauprozesse realisiert werden können, ohne daß die Beschäftigten abgehängt werden und einen sozialen Abstieg fürchten müssen. Auf der anderen Seite sollte aber auch klar sein, daß man nicht an veralteten Technologien festhält oder lediglich mittelprächtige Technologien wie E-Autos neu auf den Markt bringt, die letztlich nur eine Weiterführung des motorisierten Individualverkehrs sind, anstatt Mobi-

litätskonzepte zu entwickeln, die die Städte für alle lebenswerter machen.

SB: Wäre es nicht erforderlich, daß Die Linke offensiver Kritik an der Politik der Grünen übt, die die sozialökologische Idee für sich vereinnahmen, um im Endeffekt konforme und herrschaftsförmige Politik zu machen? Müßte Die Linke den Grünen gegenüber, denen es sehr leicht gemacht wird, anderen Parteien das Wasser abzugraben, nicht mehr Kante zeigen?

KD: Die Linke hat ja in der Regel schon eine radikale Programmatik, die sie aber nicht nach außen so vertritt, daß sie wahrnehmbar ist. Viele im Klimaschutzbereich aktive Menschen wissen durchaus, daß Die Linke ein weitergehendes Programm hat als die Grünen und auch über eine höhere Glaubwürdigkeit in der Frage verfügt: Ist man bereit, sich am Ende auch mit Konzernen anzulegen, oder ist man das nicht? Viele Leute in den Umweltbewegungen wissen, daß sie sich auf die Grünen möglicherweise nicht verlassen können, und spüren, daß eher eine schwarzgrüne Koalition in der Luft liegt, als daß sie System Change, not Climate Change in die Realität umsetzen werden, wozu man sich auch mit der Automobil-Lobby anlegen muß. Die Linke muß die Grünen nicht angreifen, um sich von ihnen abzugrenzen, was niemanden überraschen würde, da sich Parteien stets angreifen. Die Linke muß einfach selbstbewußt ihre Programmatik nach vorne stellen und vertreten, das wäre schon ein Riesenvorsprung, und darf sich nicht darauf zurückzie-

hen, daß wir ja mit grünen Themen nicht in Verbindung gebracht würden. Ich glaube, in der Klimabewegung wird automatisch eine Enttäuschung über die Grünen um sich greifen, und dann ist die Frage: Hat man die Zwischenzeit genutzt, sich selber mit diesen Themen, bei denen Die Linke eigentlich gut aufgestellt ist, programmatisch zu profilieren?

SB: Eine andere große soziale Bewegung, die in den letzten zwei Jahren weltweit ungeheuren Auftrieb gehabt hat, ist der Feminismus. Wie relevant ist diese Entwicklung für die Bewegungslinke?

KD: Sie ist sehr relevant, und ich weiß auch, daß es einen Änderungsantrag zur Gründungserklärung gibt, der noch einmal ein bißchen stärker betont, sich auch auf den Frauenstreik zu beziehen. In bestimmten Bereichen sind wir nicht unbedingt Vorreiter, aber wir erkennen das Problem und haben selber noch viel zu tun, auch was die Repräsentanz von Frauen in der Linken angeht. Ganz bewußt haben wir nach dem Ratschlag zum zweiten Mal in Folge auch hier wieder ein rein weibliches Auftaktpodium besetzt, nicht weil es nicht auch Männer in unseren Reihen gibt, die gute Inputs halten, aber um zu signalisieren, daß es durchaus möglich ist, wo andere so tun, als gäbe es nicht genug Frauen, die aktiv sind, bei uns bewußt die Frauen nach vorne zu bringen. Das ist uns schon ein großes Anliegen, auch wenn man in Diskussionen merkt, daß es dort noch einen männlichen Überhang gibt, zumindest Frauen weniger repräsentiert sind oder sich weniger einbringen.

Insofern ist es schon ein Anliegen, genauso wie wir auch an anderen Stellen einen hehren Anspruch haben, diesen aber selber noch nicht in die Tat umsetzen können, sei es bei der Repräsentanz von Migrantinnen und Migranten in der eigenen Partei oder von Leuten, die keinen akademischen Hintergrund haben. Wir reden ganz viel über die ArbeiterInnenklasse und daß sie im Mittelpunkt unserer Politik stehen muß. Sicherlich hat es auch mit gesellschaftlicher Entwicklung zu tun, daß mittlerweile jeder Zweite einen akademischen Abschluß macht, dieses Verhältnis hat sich verschoben. Immer mehr Menschen gehen mit einem akademischen Abschluß aus der Ausbildung. Aber nichtsdestotrotz merkt man schon, daß bei uns in der Partei Die Linke, und das betrifft auch die Bewegungslinke, Menschen mit einem proletarischen Hintergrund deutlich unterrepräsentiert sind. Das ist ein wichtiges Thema.

So würde ich auch die Frauenfrage beantworten, ohne daß wir selber schon das Patentrezept haben. So, wie wir auch in anderen Fällen das Best Practice-Beispiel bekanntmachen und darstellen wollen, wo eine bestimmte politische Arbeitsweise vor Ort schon besser funktioniert, ist es uns genauso ein Anliegen, dort, wo es eine höhere Beteiligung von Frauen in Kreisverbänden gibt, genauer hinzuschauen und herauszufinden, woran es liegt, um dann vielleicht über gute Beispiele zu sprechen, die andere nachmachen können.

SB: Katharina, vielen Dank für das Gespräch.

Anmerkungen:

[1] Berichte und Interviews zur Energiekonferenz Die Linke im September 2010 in Hamburg siehe unter dem kategorischen Titel "Energiekonferenz":
www.schattenblick.de → INFOPOOL → POLITIK → REPORT

Berichte und Interviews zur Gründungsversammlung der Bewegungslinken im Schattenblick unter:
www.schattenblick.de → INFOPOOL → POLITIK → REPORT

BERICHT/354: Die Linke - beteiligt, bewegt und präsent ... (SB)
BERICHT/355: Die Linke - als Partei gesellschaftlich begründeter Probleme ... (SB)
BERICHT/356: Die Linke - Mieter auf der Überholspur ... (SB)
INTERVIEW/466: Die Linke - in die Hände des Volkes ... Janine Wisler im Gespräch (SB)
INTERVIEW/467: Die Linke - Demokratieverheißung und Parteienlogik ... Katharina Dahme im Gespräch (SB)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prin0467.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...*

*Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

POLITIK / REPORT / INTERVIEW

Die Linke - menschen- und alltagsnah ...

Raul Zelik im Gespräch

Gespräch am 15. Dezember 2019 in Berlin

(SB) 8. Januar 2020 - Der promovierte Politikwissenschaftler Raul Zelik gilt als profilierter Vertreter der jüngeren politischen Literatur, forscht, lehrt und publiziert aber auch auf sozialwissenschaftlichem Feld. Seit 1985 hielt er sich regelmäßig in Lateinamerika auf, seit 1992 arbeitet er als freier Autor. Sein Debütroman "Friss und stirb trotzdem" erschien 1997 bei Edition Nautilus. Seither folgten zahlreiche literarische, journalistische und akademische Veröffentlichungen u.a. für den WDR, Deutschlandfunk, Freibeuter, Freitag, die Schweizer Wochenzeitung, junge Welt und Die Zeit. 2001 realisierte Zelik ein Drehbuchprojekt mit dem Regisseur Detlev Buck, woraus der Roman "Berliner Verhältnisse" (Blumenbar-Verlag, 2005) entstand. Gemeinsam mit Petra Elser nahm er 2007 mit dem Roman "Der gefrorene Mann" (von Joseba Sarrionandia, Blumenbar-Verlag) auch eine der ersten literarischen Direktübersetzungen aus dem Baskischen vor. 2010 veröffentlichte er ein Gesprächsbuch mit Elmar Altvater, in dem die Chancen nichtkapitalistischer Gesellschaften und das Scheitern des Staatssozialismus erörtert werden.

Seine Romane "Berliner Verhältnisse" und "La Negra" sowie das politische Tagebuch "made in ve-

nezuela. notizen zur bolivarianischen revolution" liegen in spanischer Übersetzung vor. Der von der Literaturkritik breit wahrgenommene Roman "Der bewaffnete Freund", der den bewaffneten Konflikt im Baskenland zum Thema hat, erschien 2009 in einer baskischen Ausgabe beim Verlag Editorial Txalaparta (Navarra).

Seit 2005 unterrichtet Zelik an verschiedenen deutschen Universitäten, 2008 war er Gastprofessor am IEPRI (Institut für Politische Studien und Internationale Beziehungen) in Bogotá. 2009 wurde er an der Nationaluniversität Kolumbiens zum Professor für Politikwissenschaften berufen und lehrte Politische Theorie und Internationale Politik in Medellín. Aus familiären Gründen gab er die Professur 2013 auf. 2017/2018 war er Vertretungsprofessor für internationale und intergesellschaftliche Politik an der Universität Kassel.

Zelik war Mitgründer der Berliner Organisation Für eine linke Strömung. Im Juni 2012 wurde er Mitglied der Partei Die Linke, am 29. Mai 2016 in den Parteivorstand gewählt. Am 14./15. Dezember 2019 fand in Berlin die Gründungsversammlung der Bewegungslinken statt [1], an deren Vorbereitung und Durchführung Raul Zelik maßgeblich beteiligt

war. So moderierte er auch am Freitagabend ein öffentliches "Hinterzimmergespräch" [2] im Engels Café in Neukölln mit Janine Wissler, Jana Seppelt und Thomas Goes zur strategischen Aufstellung der Partei wie auch einer möglichen Intervention der Bewegungslinken in der aktuellen Strategiedebatte der Partei. Nach Abschluß der Gründungsver-sammlung beantwortete er dem Schattenblick einige Fragen.

Raul Zelik (RZ): Ich würde behaupten, daß Lateinamerika, aber auch die Entwicklung der letzten zehn Jahre in Spanien gezeigt hat, daß soziale Kämpfe gesellschaftliche Bedingungen verändern, jedoch die Umwandlung in institutionelle Politik oft schon der Anfang vom Ende eines solchen Zyklus oder einer Veränderungswelle war. Am deutlichsten ist das in Spanien geworden, wo ein weitreichender gesellschaftlicher

gerfristig angelegte Organisationspolitik, die auch versucht, institutionelle und rechtliche Rahmenbedingungen zu verändern. Insofern ist meines Erachtens eine andere Verschränkung zwischen sozialen Bewegungen und Kämpfen auf der einen und langfristig angelegter Organisationsarbeit auf der anderen Seite erforderlich.

SB: Die Gelbwesten in Frankreich lehnen jede Beteiligung von Parteien, Gewerkschaften oder anderen Organisationen als solche ab. Sie haben aber auch auf ihrer jüngsten großen Versammlung dazu aufgerufen, sich Seite an Seite mit den Gewerkschaften am Generalstreik gegen die Rentenreform zu beteiligen. Wie stellt sich diese Bewegung aus deiner Sicht dar?

RZ: In Frankreich kenne ich mich zu wenig aus, als daß ich das wirklich umfassend einschätzen könnte. Ich denke jedoch, daß es insofern eine interessante Bewegung ist, weil sie eindeutig nicht aus einem politischen Kontext kam und die Linke am Anfang eine sehr geringe Rolle darin gespielt hat, während gleichzeitig auch Rechte präsent waren. Da stellt sich natürlich die Frage, ob man bei so etwas Diffusem überhaupt mitmacht. Manche Linke haben sich dazu entschlossen, wobei wahrscheinlich eine von Ort zu Ort unterschiedliche Entscheidung zu treffen war, ob das Sinn macht. Sehr spannend ist bei den Gelbwesten jedenfalls, daß es sich im Grunde um eine Form von plebejischem Aufstand handelt, mit dem Leute etwas sehr Berechtigtes einfordern, nämlich soziale Teilhabe. Und dadurch, daß die Bewegung außerhalb der in-



Raul Zelik

Foto: © 2019 by Schattenblick

Schattenblick (SB): Raul, du hast dich intensiv mit Bewegungen in Lateinamerika und Europa, insbesondere auch Spanien, beschäftigt. Inwieweit sind diese Erfahrungen und Erkenntnisse für dich auch ein Impuls gewesen, die Bewegungslinke mitzugründen und solche Gedanken hineinzutragen?

Aufbruch durch die Umwandlung in linke Parteien vollständig abgeräumt worden ist. Ich glaube allerdings, daß man daraus nicht die Schlußfolgerung ziehen darf, statt dessen nur noch Bewegungspolitik zu machen und Kämpfe zu führen, sondern Fragen stellen muß, wie sich die beiden Sphären auf andere Weise verbinden lassen. Also zum einen Bewegungspolitik, die immer in Wellen verläuft, und zum anderen eine län-

stitutionalisierten Protestformen verlaufen ist, war sie auch kaum kontrollierbar. Aus diesem Grund habe ich in ihr eine beträchtliche Sprengkraft gesehen. Aber es ist natürlich ein total widersprüchliches Phänomen, und ich weiß nicht, wie ich mich dazu in Frankreich entschieden hätte. Man sollte jedoch bei solchen Bewegungen immer auch mitdenken, daß die Forderung nach sozialer Teilhabe nicht auf eine Art und Weise auf die politische Bühne tritt, wie wir uns das wünschen, sondern jedesmal eine andere Form annehmen kann, mit der wir dann umgehen müssen.

SB: Die Linke verfolgt den Ansatz, als Partei gemeinsam mit Bewegungen zu agieren, was aber nicht immer zum Tragen kam und zeitweise beinahe verlorengegangen zu sein schien. Auf welche Weise könnte sie es deines Erachtens vermeiden, den Weg der Grünen einzuschlagen und zur etablierten Regierungspartei zu werden?

RZ: Ich würde nicht sagen, daß sich Die Linke tatsächlich von den Bewegungen entfernt hat, zumal die Partei aus meiner Sicht in der Gründungsphase noch stärker von ihnen getrennt war als heute. Bekanntlich spielen bei Unteilbar oder auch bei Mietprotesten viele Leute aus der Partei eine Rolle, indem sie diese Bewegungen entweder mit ihren Strukturen unterstützen oder sie sogar mitorganisieren. Deswegen könnte ich nicht so eindeutig von einer Distanz zwischen Partei und Bewegungen sprechen. Will man verhindern, den Weg der Grünen einzuschlagen, hängt meines Erachtens erstens viel von der politischen Kultur ab. Man sollte nicht

die Auffassung kultivieren und praktizieren, man könne die Menschen repräsentieren und vertreten. Es geht vielmehr maßgeblich darum, den Leuten nicht zu vermitteln, daß wir Dinge für sie verändern können, sondern daß sie sich selber engagieren und kämpfen müssen, damit Dinge verändert werden. Alles, was man in den Institutionen erreichen kann, alle Reformspielräume, die sich eröffnen, öffnen sich nicht durch Regierungsbildung, sondern durch soziale Forderungen aus der Gesellschaft, und zwar durch Forderungen, die als Protest oder widerständig formuliert werden, sonst passiert gar nichts. Repräsentative Politik geht immer den Weg des geringsten Widerstands. Und wenn es keinen Widerstand von unten gibt, dann weicht man stets dem Widerstand von oben, weicht den Interessen von oben. Deswegen ist es entscheidend zu vermitteln, daß wir nicht Probleme für andere lösen können, sondern dies nur gemeinsam möglich ist.

Zum zweiten dürfte wesentlich dazu beitragen, den Weg der Grünen zu vermeiden, wenn man eine Perspektive von unten einnimmt, auch was die Forderung nach sozialer Teilhabe angeht. Eine Partei, die mittelständische Forderungen oder Mittelschichtsforderungen aufgreift, integriert sich wesentlich leichter als eine Bewegung oder Organisation, die immer auch die Forderungen der unteren Klassen mitformuliert. Ich glaube, das macht einen Unterschied aus. Wobei man auch sagen muß, daß die Anpassungsprozesse von Parteien immer schneller verlaufen. Die SPD hat noch mehrere Jahrzehnte gebraucht, die Grünen haben es in

zehn Jahren geschafft, und die spanische Linke hat mit unterschiedlichen Ansätzen - es ist ja nicht nur Podemos - in nur zwei Jahren geschafft, wofür andere zwanzig gebraucht haben, nämlich sich ans Establishment und dessen Regeln anzupassen. Es lag nicht daran, daß sie die sozialen Forderungen nicht betont hätten, die durchaus wichtig in diesem Prozeß waren. Dennoch haben sie sich sehr schnell angepaßt, zumal durch die immer stärkere Medialisierung der Politik Druck und Dynamik enorm anwachsen, so zu werden wie die anderen auch.

SB: Jetzt steht die Bewegungslinke vor der Aufgabe, in der Partei für ihre Positionen zu werben und sie zur Geltung zu bringen. Welche Vorgehensweise hältst du dabei für empfehlenswert?

RZ: Dafür gibt es natürlich kein Erfolgsrezept. Ich denke allerdings, daß man als politische Struktur vermutlich nicht besonders weit käme, wollte man versuchen zu gewinnen, da dann der Widerstand sehr groß wäre. Ich würde eher darauf setzen, daß man mit einer anderen politischen Kultur, die aktivistischer, partizipativer, rebellischer, aber gleichzeitig auch pragmatisch ist, wenn es darum geht, Dinge durchzusetzen, versuchen sollte, andere anzustecken. Also eher wie ein Virus zu wirken, anstatt sich gegen andere zu behaupten. Mit der Forderung aufzutreten, unsere Leute wollen dies oder jenes - wobei sich ohnehin die Frage stellen würde, wer das sein sollte - wäre aus meiner Sicht der falsche Weg. Ich finde den Begriff "Erneuerungsbewegung" ganz treffend, weil es eher darum geht, eine politische Kultur, eine politische

Haltung zu verändern. Und da gibt es bestimmt auch noch viele weitere Leute in der Partei, die das ähnlich sehen oder sich zumindest ein Stück weit darauf einlassen. Das ist es, worum es meines Erachtens geht. Ich habe beim Parteivorstand nicht den Eindruck, daß man mit so einer Haltung, wie ich sie vertrete, marginalisiert wäre. Sie bleibt halt ein bißchen wirkungslos, weil alle in ihrer Premiumpolitik eingebunden sind. Aber ich glaube, man muß einfach vormachen, daß Dinge anders angefaßt werden können, dann setzen sich gute Sachen zumindest teilweise auch durch.

SB: In der Plenardiskussion wurde angeregt, die Theoriebildung nicht zu vernachlässigen. Welchen Stellenwert hat aus deiner Sicht die theoretische Arbeit bei der künftigen Arbeit der Bewegungslinken?

RZ: Sie spielt eine wichtige Rolle, wobei man sagen muß, daß in der Rosa-Luxemburg-Stiftung umfangreiche Theoriebildung geleistet wird, wovon vieles sehr progressiv und gleichzeitig kämpferisch, rebellisch und doch pragmatisch ist. Viele Dinge, die da vertreten werden, gefallen mir gut, zumal ein relativ breites Spektrum an Meinungen vertreten ist. In diesem Zusammenhang sollte es eher darum gehen, daß das Bemühen wächst, mit der Theoriebildung tatsächlich in die Bewegungen und Auseinandersetzungen hineinzuwirken. Leute, die gewissermaßen als freischwebende Intellektuelle am Werk sind, sollten sich konkret in die Alltagsarbeit einbringen und das einmal abgleichen. Ich finde es beispielsweise absurd, ständig Bekenntnisdebatten über Rot-

Rot-Grün zu führen und vom Feldherrnhügel herab linke Regierungsmehrheiten zu bilden, denen dann immer Staatstheorie entgegengehalten wird.

Interessant finde ich eine Herangehensweise wie die im gestrigen Workshop zu den Berliner Mietkämpfen, wo Leute von der Kampagne "Deutsche Wohnen & Co enteignen" mit Katalin Gennburg, der stadtplanerischen Sprecherin Der Linken im Abgeordnetenhaus, diskutiert haben. Dabei kam ganz konkret zur Sprache, was eigentlich die ganzen letzten Jahre in dieser Regierungsbeteiligung passiert ist. Es ist überhaupt nicht glorreich, viel von Zufällen abhängig gewesen, viel vom Engagement von Leuten, viel aus einem Zusammenwirken von Bewegung und, sagen wir mal, aufässigen Abgeordneten. Über solches Wissen müßte man eigentlich viel mehr reden. Leute, die Theorie machen, müssen runter von dieser Feldherrnperspektive, sich ins Getümmel begeben und darauf einlassen. Sie sollten die konkreten Dinge nicht immer nur als Beleg dessen heranzuziehen, was sie schon zuvor behauptet haben. Es ist eine schlechte Tendenz, daß viele Leute alles heranziehen, um zu sagen: Da sieht man wieder, daß ich recht hatte. Man sollte sich die Dinge schon ein bißchen neugieriger anschauen.

Wir brauchen auf jeden Fall eine theoretische Debatte und insbesondere viel mehr Staatstheorie, da wir in einer Parlamentspartei begreifen müssen, wie begrenzt in der bürgerlichen Gesellschaft das Feld der politischen Demokratie ist. Es ist ja gerade Sinn und Zweck der bürgerlichen Demokratie, die Mehrheit vom eigent-

lichen Machtzentrum der Gesellschaft, nämlich den Eigentumsverhältnissen fernzuhalten. Deswegen kann man viele Dinge schlichtweg nicht versprechen, weil sie auf dem politischem Feld, wie es heute begriffen wird, gar nicht bearbeitet werden können. Dafür braucht man mehr theoretisches Verständnis, als sich nur dafür zu interessieren, wie man eine gute Kampagne und einen gelungenen Wahlkampf macht. Die Kritik muß schon radikaler, aber eben auch konkreter sein. Man sollte auch nicht immer die Begriffe der letzten hundert Jahre wiederkauen, sondern sich ganz konkret anschauen, wie das beispielsweise in Berlin oder Thüringen gelaufen ist oder welche Auseinandersetzungen in den letzten zehn Jahren in Europa geführt wurden, und inwiefern man manche Argumente noch einmal nachschärfen muß. Das ist es, was Theorie jetzt leisten müßte.

SB: Du warst in der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz rund um die Uhr angefordert und hast gestern sogar für die Zusammenkunft in Kreuzberg selber mitgekocht. Wie ist dein Eindruck, nun, da die Gründungsverammlung zum Abschluß gekommen ist?

RZ: Ich fand es schön, weil ich das Gefühl hatte, daß die meisten Leute auch Spaß hatten, hier Zeit zusammen zu verbringen, was ich für das Entscheidende halte. Ich glaube, die Linke hat als Projekt die wesentliche Funktion, das Lager oder der Ort der Solidarität zu sein. Historisch war das so, denn die Herausbildung der Arbeiterbewegung hat wesentlich damit zu tun, daß es Orte und Praktiken der Solidarität gab. Und ich den-

ke, daß man das ernst nehmen muß. Politische Macht baut nicht darauf auf, daß du die richtigen Sachen sagst, sondern daß du eine bestimmte, eine andere soziale Praxis vormachst und daß die ausstrahlt. Der Begriff Gegenhegemonie hat viel mit Alltagskultur zu tun. Erfolgreiche linke Bewegungen und Arbeiterbewegungen waren deswegen stark, weil sie ein Geflecht von gesellschaftlicher und kultureller Organisation hatten, wo Leute etwas für ihr Leben gelernt und es auch konkret verändert haben, in Bildungsvereinen, in Sportvereinen, Kulturvereinen. Die Stärke der historischen Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert hatte damit zu

tun, auch in Großbritannien, und auch im 20. Jahrhundert waren beispielsweise die westeuropäischen kommunistischen Parteien nicht stark, weil sie viele Wählerstimmen hatten, sondern sie hatten viele Wählerstimmen, weil sie ein reales kulturelles Leben hatten. Das bedeutet, daß man das auch im Kleinen ernst nehmen muß. Politische Strukturen haben dann eine Funktion, wenn sie dieses Ziel von Emanzipation und Solidarität auch nach innen ausstrahlen und nach innen praktizieren. In dem Moment, wo sich ein Funktionärsgehabe darüberlegt oder nur noch die Medienpolitik für relevant erachtet wird, ist ein politisches Projekt von links ver-

loren. Deswegen war das ein erfreuliches Wochenende für mich, weil viele Sachen zwar anstrengend, aber auch schön waren, und wo man Lust auf die Leute hatte.

SB: Raul, vielen Dank für dieses Gespräch.

Anmerkungen:

[1] www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0355.html

[2] www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0354.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prin0468.html>

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Der Maya-Zug und Neokolonialismus

von Silvia Ribeiro

(Mexiko Stadt, 30. Dezember 2019, desinformemonos/poonaal) - In den letzten Wochen hat die mexikanische Regierung eine weitreichende Übung durchgeführt. Doch es ist keine Übung, wie sie für die Frühwarnung von Erdbeben genutzt wird. Die Regierung hat ein Trugbild entworfen, mit der sie der Bevölkerung ganz Mexikos, insbesondere der im Südosten des Landes, glauben macht, die indigenen Bevölkerungsgruppen hätten über das Projekt des sogenannten Maya-Zugs abstimmen

können und Zehntausende indigene und nicht indigene Menschen hätten das Projekt befürwortet. Diese Behauptung ist Manipulation in großem Ausmaß und eine Verfälschung der Realität.

Die brutale Realität ist, dass indigene Gegner*innen des Projekts, wie der Maya-Dichter Pedro Uc und seine Familie, verfolgt werden und mit Morddrohungen zum Schweigen gebracht werden sollen. Viele Netzwerke und Kollektive verurteilten [1] diese Dro-

hungen öffentlich. Die Drohungen waren Teil einer langen Liste mit Morden und gewalttätigen An- und Übergriffen auf Verteidiger*innen von indigenen Territorien, die indigene Bevölkerungsgruppen öffentlich verurteilt haben, in der gemeinsamen Vierten Versammlung [2] des Nationalen Indigenen Kongresses, des Indigenen Regierungsrats und des Forums zur Verteidigung des Territoriums und der Mutter Erde, die im Dezember 2019 mit der EZLN in Chiapas stattfand.

Konsultationsprozess vor der Abstimmung nur ein Trugbild

Der sogenannte Maya-Zug ist eines der Projekte, gegen das sich diese Organisationen und indigenen Bevölkerungsgruppen wehren, und das die Regierung unter Präsident Andrés Manuel López Obrador (Amlo) als ein Schlüsselprojekt um jeden Preis realisieren will. Noch bevor er zum Präsidenten gewählt wurde, hatte er dies bereits im Regierungsplan festgelegt.

Das Maya-Zug-Projekt sieht die Verlegung von Zugstrecken zwischen den Bundesstaaten Chiapas, Yucatan, Campeche, Quintana Roo und Tabasco vor. Diese Bahnstrecken selbst sind aber nur ein Teil des Vorhabens, erklären die Autoren Samuel Rosado und Ramón Vera Herrera in der Zeitschrift Ojarasca [3], die zur mexikanischen Tageszeitung La Jornada gehört. Die Verlegung der Strecken und das damit einhergehende erhöhte Verkehrsaufkommen hätten negative ökologische und soziale Auswirkungen insbesondere dort, wo es bislang keine Schnellstraße oder Zugstrecke gebe, wie z.B. in der Mayastätte Calakmul.

Maya-Zug als Verbindung verschiedener Großprojekte

Die verheerenden Auswirkungen hätte das Projekt aber insbesondere in den Gebieten, die gar nicht von den Strecken durchquert werden. Denn der Maya-Zug, so Heber Uc vom Indigenen Rat Bacalars, stelle die Verbindung zwischen verschiedenen Großprojekten dar, die bereits seit einigen Jahren in der Region realisiert

werden: Photovoltaikanlagen, Windparks, Großprojekte der Agroindustrie, massive Schweinemast und der sogenannte grüne Tourismus. Das alles würde mit den Zugstrecken verbunden werden. Die Spekulationen auf das betroffene Land hätten bereits begonnen: "Seitdem das Projekt angekündigt wurde, sind schon viele Menschen in die Regionen gekommen, um sich Land anzueignen. Mit Gewalt wurden an der Straße von Bacalar nach Cancún Ländereien in Besitz genommen", schreibt [4] Heber Uc.

Über diese wichtigen Aspekte und Auswirkungen des Maya-Zug-Vorhabens spricht die Regierung nicht und stellt sie nicht zur Diskussion. Auch nicht in dem sogenannten Konsultationsprozess, den die Regierung im November und Dezember im Schnellverfahren durchgeführt und zu dem sie Beobachter*innen der mexikanischen UN-Menschenrechtsorganisation eingeladen hatte.

Nach Artikel 169 der ILO-Konvention und nach der UNO-Deklaration über die Rechte indigener Völker haben indigene Bevölkerungsgruppen ein Recht auf sogenannte vorherige Konsultation. Diese soll ihre Teilhabe an Entscheidungen garantieren, die sie in ihrer politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung betreffen. Sogenannte Konsultationsverhandlungen finden also zwischen der Regierung und der indigenen Bevölkerung statt, die von den von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen betroffen sein wird. Sie sollen zu einem Übereinkommen oder einem Konsens führen. Nach internationaler Rechtsgrundlage,

der auch Mexiko unterliegt, müssen sie "im Vorhinein, frei, in Kenntnis der Sachlage und in kultureller Hinsicht angemessen" durchgeführt werden.

Ihr kommt, um uns den Reichtum der Winde und des großen Sterns zu versprechen mit einer Ignoranz und Naivität, die obszön und tyrannisch sind. Denn ihr wisst nicht, dass die Winde unser Leben zu jeder Jahreszeit leiten und dass der Mutter-Vater-Stern das Zentrum und der Norden all unserer Vorfahren im Süden ist.

Ihr, die ihr die Regionen des Südens im Namen des Fortschritts verbinden wollt, ein Fortschritt, der aus traurigen Accessoires, aus Einrichtungsgegenständen und Einsamkeit besteht, macht uns wütend. Und eure kindliche Naivität bringt uns zum Lachen, denn wir erkennen, wohin euch der Fortschritt gebracht hat, wenn wir euch distanziert, absendend, traurig, losgelöst von euch selbst sehen, wie ihr ergebnach Kapital, Erfolg und Entwicklung strebt.

Ihr wisst nicht, dass wir, selbst in dem, was ihr immer noch Ruinen nennt, weiterhin die Zeichen der Erde, der Tiere, der Winde, des Wassers lesen, die uns mit dem Ewigen verbinden. Ihr wisst nicht, dass wir Samen mit dem Wissen aller Welten, unserer Vorfahren und Ahninnen sind und dass dies nicht durch das Morden oder Verschwindenlassen einer Person aufgehalten werden kann. Ihr wisst nicht, dass wir Berge sind, Getreidekammern und Milpas auf dem Land und in den Städten und dass wir mit all der Kraft, Liebe und Wut keimen, zu denen uns diese Zeit drängt.

Vergesst nicht, dass wir da sind, dass wir viele sind, und dass wir allen Dürren trotzend immer wieder erblühen werden.

(Auszug aus dem Text von Alika Santiago Trejo als Antwort auf die (Mord-)Drohungen gegen den indigenen Aktivisten Pedro Uc. Alika

Santiago Trejo ist Teil des Frauenkollektivs K-luumit X'ko olelo'ob in der Stadt Bacalar im mexikanischen Bundesstaat Quintana Roo.)

UN: Regierung hat sich nicht an ILO-Konvention gehalten

In einem kritischen Bericht [5] stellten Vertreter*innen der UN-Organisation, die an der Hälfte der Konsultationsversammlungen teilgenommen hatten, fest, dass sich die mexikanische Regierung nicht an diese internationalen Normen gehalten hatte. Der UN-Bericht weist darauf hin, dass die Konsultationsmaßnahmen der Regierung - 15 Informationstreffen und 15 sogenannte Versammlungen - zwar vor der Realisierung des Projekts stattgefunden hätten, ein Streben nach einem Übereinkommen oder Konsens sei jedoch nicht zu erkennen gewesen. In der Einberufung der Treffen bzw. Versammlungen und dem Konsultationsprotokoll käme lediglich das Ziel zum Ausdruck, mit den indigenen Gemeinschaften zu einer Abmachung darüber zu kommen, dass diese an der Durchführung des Projekts partizipierten und an den Profiten des Projekts teilhätten. Das deutete bereits darauf hin, dass angestrebt worden sei, das Projekt unabhängig vom Ergebnis der Konsultation, also in jedem Fall, durchzuführen.

Nur über vermeintliche Vorteile des Projekts informiert

Die UN erklärte zudem, dass zur Kenntnis der Sachlage nur über die vermeintlichen Vorteile des Projekts informiert wurde. Informationen über negative Auswirkungen wären nicht vermittelt worden, auch dann nicht, wenn Regierungsvertreter*innen bei persönlichen Treffen konkret dazu befragt wurden. Der Bericht bemängelt des Weiteren, dass die Veranstaltungen von den Behörden und nicht gemeinsam mit den indigenen Gemeinden organisiert wurden. Das Zeitverständnis sowie Gebräuche und Sitten der indigenen Gemeinden wurden demnach nicht respektiert und zwischen Informationstreffen und den sogenannten Konsultationsversammlungen lagen lediglich zwei Wochen. Hinzu kommt, dass bei den sogenannten Gemeinde-Versammlungen nicht die indigene Gemeinde versammelt war, sondern lediglich Vertreter*innen der Gemeinden und die Gemeindegewählten für Landwirtschaftsangelegenheiten eingeladen wurden. Den Gemeinden selbst wurde damit nicht die Möglichkeit gegeben, über das Projekt zu diskutieren, die Informationen zu verarbeiten und gemeinsam mit ihren traditionellen Autoritäten die Delegierten dieser Konsultationen zu wählen. Die UN-Organisation wies ebenfalls auf die geringe Beteiligung von Frauen hin und darauf, dass viele Menschen aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen nicht an den Konsultationen teilnehmen konnten.

Zugang zu elementaren Rechten an Zustimmung geknüpft

Die größte Besorgnis zeigte die UN-Organisation jedoch darüber,

dass der Zugang zu grundlegenden Rechten und elementaren Bedürfnissen wie Wasser, sanitären Einrichtungen, Gesundheit, Bildung, Arbeit und Wohnraum für die betroffene Bevölkerung an die Bedingung geknüpft war, dem Projekt zuzustimmen. Die UN-Organisation berichtete, dass zwar in einigen Fällen Regierungsvertreter*innen behaupteten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte seien nicht an das Projekt geknüpft, aber die Art, wie die sogenannte Konsultation von statten ging, deutete darauf hin, dass elementare Rechte nur mit der Realisierung des Maya-Zugs gewährt würden.

Aufschlussreich ist diesbezüglich der Bericht [6] der Forscherin Margarita Valdovinos von der Nationalen Autonomen Universität Mexikos (UNAM), die als Beobachterin an den Konsultationen teilnahm. Sie berichtete, so wie auch die UN-Organisation, dass die den Gemeinden übermittelten Informationen nicht vollständig und von Parteinahme geprägt gewesen wären. Die Gemeinden wären in der Einberufung der Versammlungen dazu angehalten worden, Forderungen und Gesuche ihrer Gemeinden vorzutragen, die nicht unbedingt mit dem Projekt zu tun haben mussten, was die Repräsentant*innen der Gemeinde in den Versammlungen auch ausführlich getan hätten. Die Regierungsvertreter*innen hätten daraufhin direkt oder indirekt angedeutet, dass das Maya-Zug-Projekt diesen Bedürfnissen Rechnung tragen würde und werteten damit die lange Liste an Forderungen und Gesuchen als eine Zustimmung der Gemeindegewählten zur Realisierung des Projekts.

Auf die von der UN-Organisation geäußerten Besorgnisse reagierte die mexikanische Regierung wie viele andere Regierungen auch: Sie degradierte [7] die Organisation mit der Behauptung, ihre Einschätzungen seien nicht wahr - ganz so, als ob die Beobachter*innen nicht anwesend gewesen wären und nicht aus erster Hand berichtet hätten. Die Regierung beschuldigte sie, die Haltung der oppositionellen Aktivist*innen angenommen zu haben und den Willen der Gemeinden zugunsten des Projekts zu verkennen.

Regierung degradiert Kritiker*innen

Die Regierung unter AMLO hatte auf ähnliche Weise die Bäuer*innen, die seit Jahren ihr Territorium gegen das Großprojekt in Morelos (Proyecto Integral Morelos) verteidigen, als "konservative Radikale" degradiert. Der indigene Aktivist Samir Flores wurde in diesem Zusammenhang ermordet (Im Jahr 2012 hat unter der mexikanischen Energiekommission die Installation von einer Gaspipeline und zwei thermoelektrischen Kraftwerken begonnen. Die Gemeinden befürchten unkalkulierbare Umwelt Risiken durch die Nähe eines aktiven Vulkans und eine Verschmutzung des Flusses Cautla. Der Mord an Samir Flores, treibende Kraft des Widerstands der indigenen Gemeinden gegen das Großprojekt, steht laut der Lokalbevölkerung in direktem Zusammenhang mit seinem Aktivismus. Er wurde kurz vor der Abstimmung über die Fertigstellung des Großprojekts im Februar 2019 ermordet [8], Anm. d. Ü.). Und nun wird auf ähnliche Weise die mexikanische Menschenrechtsorganisation der UNO

als "soziale Oppositionskämpfer" degradiert, weil sie auf die gravierenden Mängel der sogenannten Konsultationen hinweist. Vor diesem Hintergrund haben erneut Übergriffe in der Region des Maya-Zug-Projekts stattgefunden. Pedro Uc erhielt Morddrohungen, nachdem er sich in einer Versammlung kritisch zu dem Projekt geäußert hatte.

Die indigenen Gemeinden wissen selbst genau, welche Entwicklung sie einschlagen und wie und zu welchem Zweck sie diese gestalten möchten. Doch sie sind nicht gefragt worden, schon gar nicht nach ihren eigenen politischen und kulturellen Voraussetzungen, Eigenheiten und Lebensformen. Die von der Regierung durchgeführten Konsultationen zielen lediglich darauf ab, ein Projekt zu verkaufen und zu rechtfertigen. Es sind verheerende Projekte, von denen die verwüstenden Unternehmen profitieren und die indigenen Gemeinden von ihren Territorien vertreiben. Wir befinden uns in unheilvollen Zeiten. Aber wie Alike Santiago sagt: Die indigene Bevölkerung wird allen Dürren trotzend immer wieder erblühen.

Übersetzung und Ergänzungen zum Verständnis:

Katharina Greff

Anmerkungen:

[1] <http://www.biodiversidadla.org/Recomendamos/Comunicado-de-la-Red-en-Defensa-del-Maiz-ante-amenazas-a-Pedro-Uc>

[2] <http://enlace Zapatista.ezln.org.mx/2019/12/20/pronunciamiento-de-la-4-asamblea-nacional-del-cni-cig/>

[3] <https://ojarasca.jornada.com.mx/2019/04/12/tren-maya-auge-de-proyectos-acaparadores-desprecio-por-la-gente-2877.html>

[4] <https://hablanlospueblos.org/TM/su-riel-nuestra-tierra/index.html>

[5] http://www.hchr.org.mx/index.php?option=com_k2&view=item&id=1359:onu-dh-el-proceso-de-consulta-indigena-sobre-el-tren-maya-no-ha-cumplido-con-todos-los-estandares-internacionales-de-derechos-humanos-en-la-materia&Itemid=265

[6] <https://www.lajornadamaia.mx/2019-12-17/Las-habilidades-magicas-del--Tren-Maya->

[7] <https://www.jornada.com.mx/2019/12/24/politica/006n1pol>

[8] <https://amerika21.de/2019/02/222612/mexiko-mord-soberanes-amlo>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/umweltwirtschaft/der-maya-zug-und-neokolonialismus/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1942.html>

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Kolumbien

Nähmaschine statt Gewehr - vom schwierigen Weg aus dem Guerillakampf

von Lisa Westhäußer und Malin Gütschow



Bild: © Malin Gütschow

(Berlin, 06. Januar 2019, npla) - Mit Protesten und Generalstreiks haben im November Millionen Kolumbianer*innen ihrer Wut

Luft gemacht. Wut auf den Präsidenten Duque, seine neoliberale Politik und seine Verschleppungstaktik beim Friedensabkommen mit der Guerilla-Gruppe FARC. Duque setzt nicht um, was

die Vorgängerregierung im Friedensabkommen Ende 2016 garantiert hatte: eine Land- und Agrarreform und Unterstützung für die ehemaligen Kämpfer*innen der FARC bei ihrem Weg zurück in die zivile Gesellschaft. Passiert ist seither wenig, zumindest aus Sicht der meisten FARC-Mitglieder. Sie kämpfen in kleinen Kooperativen mühsam um das wirtschaftliche Überleben in einem System, das stark von Ungleichheit und der Konzentration von Land in den Händen einiger weniger geprägt ist. In der Kooperative TejPaz nähen ehemalige Kämpfer*innen der FARC Blumenponchos - und kämpfen mit der Wiedereingliederung in eine ungleiche Gesellschaft.

Drei Jahre nach dem Friedensabkommen kein Frieden in Sicht

Es ist Ende August 2019, als Ivan Márquez in grüner Militärkleidung vor die Kamera tritt. Márquez, einer der Anführer der kolumbianischen Guerilla-Gruppe FARC, ist umringt von Kämpferinnen und Kämpfern in Camouflage-Kleidung, die Kalaschnikows im Anschlag. Er kündigt an, dass ein Teil der FARC in den bewaffneten Widerstand zurückkehren wird. "Als Antwort auf

den staatlichen Verrat am Friedensabkommen von Havanna", sagt er. Und das fast auf den Tag genau drei Jahre, nachdem Vertreter der kolumbianischen Regierung und der FARC im August 2016 das Friedensabkommen präsentiert hatten. Das Abkommen spricht von einem "neuen Kapitel" für Kolumbien, von sozialer Inklusion, von Entwicklung des ländlichen Raumes.

Auch Ivan Márquez hat diesen Friedensvertrag mit seinen weitgehenden Zielen mit ausgehandelt. Dieser sollte den Bürgerkrieg beenden, der seit 50 Jahren in Kolumbien herrscht. Dabei bekämpften sich unter anderem staatliche Gruppen, rechte Paramilitärs und linke Guerillagruppen. Über 200.000 Menschen verloren ihr Leben. Fast acht Millionen wurden innerhalb des Landes vertrieben. Mit dem Friedensvertrag verpflichtete sich die FARC, ihre Waffen abzugeben. Im Gegenzug sollte die Regierung tiefgreifende Land- und Agrarreformen einleiten und die Wiedereingliederung der ehemaligen Kämpfer*innen garantieren. Das hat sie aber nicht - so sehen es viele der FARC Kämpfer*innen. Inzwischen sind rund 1300 in den bewaffneten Kampf zurückgekehrt. Kolumbien ist also weit von tatsächlichem Frieden entfernt. Und das hat viel mit wirtschaftlichen Gründen zu tun.

Wiedereingliederungshilfen bleiben aus

Rund 120 Kilometer südlich von Bogota liegt die Wiedereingliederungszone Icononzo. Das eigens für den Friedensprozess erbaute Dorf liegt auf einem Bergkamm.

Hinter den einfachen weißen Häusern erstrecken sich die grünen Täler der Anden. Hier leben rund 300 Menschen, der überwiegende Teil von ihnen ehemalige Kämpfer*innen der FARC. In solchen Wiedereingliederungszonen sollen sie auf ihre Rückkehr in die Gesellschaft vorbereitet werden. Einer von ihnen ist Gonzalo. 17 Jahre hatte er bei der FARC gekämpft, bis er nach dem Friedensprozess seine Waffe abgegeben hat. Jetzt ist er frustriert von der Regierung. Während die ehemaligen Kämpfer*innen trotz Schwierigkeiten und Verfolgung ihr Wort hielten, tue die Regierung nichts, klagt Gonzalo. Rund 160 von ihnen sind seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages ermordet worden. Außerdem ist die wirtschaftliche Lage der Ex-Guerrilleros oft schlecht. Eigentlich sieht der Friedensvertrag vor, dass sie sich in Kooperativen organisieren. Gonzalo zum Beispiel arbeitet mit rund 20 anderen FARC-Mitgliedern in der Textilkooperative Tejpaz. Das steht für Tejiendo Paz, "Frieden spinnen". Für solche Kooperativen sollten sie eigentlich eine Wiedereingliederungshilfe von umgerechnet rund 2000 Euro bekommen, außerdem technische Unterstützung. Doch in der Realität sind die ehemaligen Kämpfer*innen meist auf sich allein gestellt.

"Alles, was ihr hier von den Projekten sehen könnt, haben wir uns selber aufgebaut", sagt Gonzalo. Die Kooperative müsse die Werkstatt ausbauen, die nötigen Maschinen für die Produktion kaufen und die Infrastruktur verbessern. Doch bisher wurde Gonzalo und seiner Kooperative die Wiedereingliederungshilfe nicht ausbezahlt, und das drei Jahre nach der

Unterzeichnung des Friedensabkommens. Dazu kommen bei anderen Projekten oft bürokratische Schwierigkeiten. Eine eigene Agentur soll die ehemaligen FARC-Kämpfer*innen eigentlich unterstützen. In der Realität macht sie ihnen das Leben eher schwer und genehmigt zum Beispiel Projekte erst sehr spät oder gar nicht. Das ist fatal, denn kleine Kooperativen haben es sowie schon extrem schwer in Kolumbien. "Das kolumbianische Wirtschaftsmodell stützt sich sehr stark auf Bergbau, auf die Kontrolle großer Landflächen, also agrarindustrielle Nutzung und den Export von spezialisierten Produkten. Die FARC-Kooperativen stehen dem völlig entgegen und bräuchten einen enormen Anschlag, um überhaupt überleben zu können", erklärt die Sozialwissenschaftlerin Alke Jenss vom Arnold-Bergsträsser-Institut in Freiburg.

Der politische Wille fehlt

Der Friedensvertrag sieht aber nicht nur vor, dass die ehemaligen FARC-Kämpfer*innen wirtschaftlich unterstützt werden. Die Bedingungen in der Agrarwirtschaft sollten sich grundlegend ändern. Land- und Agrarfläche sind in Kolumbien sehr stark konzentriert, die soziale Ungleichheit ist enorm. "Das gilt als ein zentraler Faktor für den Konflikt, aber auch als ein zentraler Faktor für den Friedensprozess", so Alke Jenss. Schließlich wurde der jahrzehntelange Guerillakampf der FARC stark von der ungleichen Verteilung von Land getrieben. Eine andere Agrarpolitik zugunsten der Landbevölkerung ist deswegen ein wesentlicher Punkt des

Friedensvertrags. Dieser sieht vor, einen Strukturwandel im ländlichen Raum anzustoßen. Hierbei sollen angemessene Landnutzung gefördert, Landrechte formalisiert werden, Vertriebene sollen ihr Land zurückerhalten und der Boden insgesamt gerechter verteilt werden. "Dadurch", so heißt es im Abkommen, "wird schrittweise der Zugang zu Landbesitz für die Landbevölkerung gefördert, besonders für Frauen und andere schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen. Landbesitz wird reguliert und demokratisiert, gleichmäßige Verteilung gefördert, und so die soziale Funktion von Land erfüllt."

Doch genau dieser Teil des Friedensvertrages ist der kolumbianischen Regierung unter Präsident Duque und ihren Anhänger*innen ein Dorn im Auge. "Es gibt in Kolumbien gesellschaftliche Kräfte, die daran interessiert sind, die Landkonzentration, wie sie jetzt ist, beizubehalten", beobachtet Alke Jenss. Zahlenmäßig machen diese Kräfte, von denen die Sozialwissenschaftlerin spricht, einen relativ kleinen Teil der Gesellschaft aus. Oft sind es Unternehmer, die sich große Landflächen teilweise gewaltsam angeeignet haben. Doch wie Alke Jenss erklärt, ist die Regierung unter Duque auf ihrer Seite und sucht immer neue rechtliche Mittel, um den Friedensprozess zu verschleppen. Auch Gonzalo als FARC Mitglied spürt, dass der politische Wille fehlt, das Friedensabkommen umzusetzen. Er glaubt, dass die vielen Hindernisse ihnen absichtlich in den Weg gestellt werden, damit sie "müde werden und aufhören zu kämpfen." Doch seine Kooperative erhält auch Unterstützung aus der Zivilgesellschaft.

Zivilgesellschaftliche Unterstützung wächst

War es am Anfang noch vor allem die Bevölkerung auf dem Land, die sich für den Friedensprozess einsetzte, so sind inzwischen auch viele Menschen in den Städten für den Frieden aktiv. Gonzalos Textilkooperative zum Beispiel näht Kleidung für das Modelabel Manifiesta der Politikwissenschaftlerin Angela Herrera aus Bogota. "Manifiesta ist ein Modeprojekt, das versucht, eine Alternative zur globalen Textilindustrie zu schaffen", erklärt die Bogotanerin. "Mit dem Projekt versuchen wir, Arbeitsplätze für einige ehemalige Kämpfer*innen zu schaffen. Wir stellen die Kleidung mit ihnen zusammen her und versuchen so, ihnen einen würdevollen Wiedereingliederungsprozess zu garantieren." Herrera entwirft die Kleidung mit ihren großflächigen Blumenmustern, beschafft die Stoffe und bringt sie in die Wiedereingliederungszone. Später holt sie die fertigen Produkte ab und vermarktet sie in Bogotá. Doch der Krieg wirkt nach in der Zusammenarbeit.

Die Diskussionen auf Augenhöhe, die sich Herrera wünscht, sind für die ehemaligen Kämpfer*innen keine Selbstverständlichkeit. "Es fällt ihnen schwer, ihre Meinung zu sagen, weil sie anscheinend nie danach gefragt wurden", erklärt Herrera. Doch auch wenn es nicht immer leicht ist, läuft es gut für das Modelabel. Erst Anfang Dezember wurden Stücke von Manifiesta auf einer Modenschau im kolumbianischen Kongress gezeigt. Angela Herrera sieht in dem Erfolg des Projekts eine wichtige Botschaft an die frischgebackenen Schneider*in-

nen: "Es ist eine gute Methode, um zu zeigen, dass es doch Veröhnung in diesem Land gibt und dass die Menschen ihnen dankbar sind und es wertschätzen, dass sie eine Nähmaschine in der Hand haben und kein Gewehr."

Onda-Beitrag zu diesem Artikel:
<https://www.npla.de/thema/memoria-justicia/naehmaschine-statt-gewehr/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/tagesspolitik/naehmaschine-statt-gewehr-vom-schwierigen-weg-aus-dem-guerillakampf/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
 Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
 Köpenicker Straße 187/188
 10997 Berlin
 Telefon: 030/789 913 61
 E-Mail: poonal@npla.de
 Internet: <http://www.npla.de>



<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1943.html>

Klimaüberlebenskampf - verdampfte Ethik und Moral ...

(SB) 8. Januar 2020 - Anlässlich des Plans der australischen Behörden, vom heutigen Mittwoch an fünf Tage lang vom Hubschrauber aus mehr als 10.000 wild lebende Kamele zu erschießen, stellen sich Fragen.

Die Tiere haben Durst und dringen auf der Suche nach Wasser in die Siedlungen ein. Dort versuchen sie, beispielsweise an die Wasserspeicher von Klimaanlagen heranzukommen, und richten dabei Medienberichten zufolge Schäden an. Auch Zäune halten sie nicht davon ab, auf die Grundstücke vorzudringen, um von dem lebensrettenden Naß, das sie bekanntlich aus vielen Kilometern Entfernung wittern können, zu saufen.

Weder können die Kamele etwas dafür, daß sich in diesem Jahr in Australien eine Hitzewelle an die andere reiht und in mehreren Bundesstaaten riesige Buschbrände toben, noch daß sie überhaupt in dieser Umgebung leben. Die Kamele waren um 1840 herum in Australien eingeführt worden, und wie so häufig in der Geschichte der menschlichen "Eroberung" des fünften Kontinents nahm auch diese menschengemachte Tierinvasion einen katastrophalen Verlauf. Die Kamele vermehrten sich ungebremst, so daß ihre Population heute vermutlich weit über 1,2 Millionen Exemplare zählt. Die meisten von ihnen leben in Zentralaustralien, wo sie vergleichsweise

wenig Kontakt zur menschlichen Zivilisation haben. Aber sprichwörtlich "natürlich" suchen sie dort wie auch in der Peripherie die Wasserstellen der Aborigines auf und machen ihnen das kostbare Naß streitig. Die Herden von Kamelen sind in dieser Hinsicht zweifellos eine relevante Verbrauchsgröße, insbesondere in Dürre- und Hitzeperioden, wie sie zur Zeit in Downunder herrschen.

In den Jahren 2009 und 2013 hatten staatliche Stellen bereits Massentötungen von Kamelen vorgenommen und schätzungsweise 160.000 Tiere vom Hubschrauber und vom Boden aus erschossen. Auch mit den damaligen Aktionen sollten die von Menschen für sich beanspruchten Naturressourcen, nicht zuletzt das Weideland, vor "Mißbrauch" geschützt werden.

Um Wasser, Boden und andere Überlebensvoraussetzungen geht es in einem ganz anderen Konflikt, der nicht nur Australien betrifft, sondern weltweit ausgetragen wird, nämlich zwischen Menschen und Menschen. Australien betreibt eine rigide Einwanderungspolitik, noch strenger als die Europäische Union. Aber auch sie baut ihr Grenzregime immer weiter aus und sichert dadurch ein Wohlstandsgefälle, das in den letzten Jahrzehnten nicht nur zu offensichtlichen Konfliktgebieten wie Syrien, Libyen oder Afghani-

stan, sondern allgemein zu vielen Ländern des Globalen Südens gewachsen ist.

Sobald sich klimawandelbedingt die allgemeine Mangellage weiter zuspitzt und zig Millionen Menschen ihre Heimat verlieren, werden voraussichtlich nicht "nur" Kamele, nachdem sie zuvor als Plage klassifiziert wurden, abgeschossen, sondern auch Artgenossen. Daß an der deutschen Grenze unter Umständen von Schußwaffen Gebrauch zu machen sei, um Flüchtlinge vom "illegalen" Grenzübertritt abzuhalten, wurde aus Kreisen zumindest einer der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien bereits mehrfach betont. Daß die Empörung der anderen Parteien und der Medien ob dieser blutigen "Germany first!"-Politik so sehr aufgewallt ist, hat wohl damit zu tun, daß von ihnen bis heute niemand so genau wissen will, wie die von Deutschland und der EU finanzierte libysche Küstenwache ihr Handwerk verrichtet. Manche, die davon vielleicht hätten berichten können, können eben dies nicht mehr ...

Die Massenvernichtung von wild lebenden Tieren und die Sicherung von Eigentum gegenüber anderen Menschen gründen im gleichen Interesse. Sollte sich der Klimawandel so schnell und vehement vollziehen, wie es wissenschaftliche Projektionen nahelegen, werden noch in die-

sem Jahrzehnt die gesellschaftlichen Widersprüche selbst innerhalb des relativ wohlhabenden Deutschlands sehr viel krasser zutage treten als heute. Parallel zum Ausbau der Grenzbestimmungen der EU nach außen muß auch nach innen mit wachsender Repression gerechnet werden.

Der Mensch hat es nie gelernt, anders mit den ihn bedingenden vernichtenden Gewalten, die er als Natur bezeichnet und erleidet, umzugehen. als sie zu verinnerlichen, sich zu eigen zu machen und, seiner stoffwechselgetriebenen Überlebensratio folgend, gegen seine Um- und Mitwelt in Stellung zu bringen. Das Töten von 10.000 Kamelen, die den Menschen das Wasser wegsaufen, hinterläßt gemessen am "normalen" Blutfluß aus der Verstoffwechslung von tierischen Wesen keinen besonderen Eindruck, als Sinnbild zeigt der Vorgang jedoch den unerbittlichen Klimaüberlebenskampf, der absehbar noch in dieser Generation ausbrechen wird.

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/meinung/umme-315.html>

Täglich eine neue
Schach-Sphinx unter:

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml

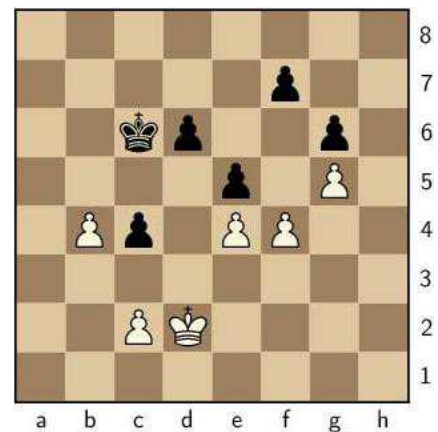
Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare
... Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX

Erforderliche Aggressivität

(SB) - Bauernendspiele schreiben ihre eigenen Gesetze, und nicht selten kommt ein starker Angriffsspieler ins Stolpern, wenn er sich plötzlich nur mit Bauern und einem König auf dem Brett herumschlagen muß. Die schönsten Pannen fanden in diesem letzten Abschnitt einer Partie statt. Im heutigen Rätsel der Sphinx hatte Weiß zuletzt 1.f3-f4!? gezogen. Insgeheim wußte er, daß die Partie nicht zu gewinnen war, doch hoffte er darauf, daß sein Kontrahent in den elementaren Rechenoperationen nicht mit der nötigen Sorgfalt zu Werke ging. Und er behielt recht. Schwarz spielte völlig inakzeptabel 1...Kc6-b6? und gab nach 2.f4-f5! Kb6-c6 2.Kd2-c3 d6-d5 3.e4xd5+ Kc6xd5 4.f5xg6 auf. Auch 1...Kb6-b5 hätte indes nach 2.f4xe5 d6xe5 3.Kd2-c3 verloren. In Endspielen dieser Art ist Aggressivität der einzig plausible Weg, um die Partie zu retten. Erforderlich war also 1...e5xf4!, worauf Weiß 2.c2-c3 geplant hatte, um dann seinen König mittels 3.Kd2-e2 auf die andere Brettseite überzuführen. Nun, Wanderer, wie hätte Schwarz dessen ungeachtet ein Remis erzwingen können?



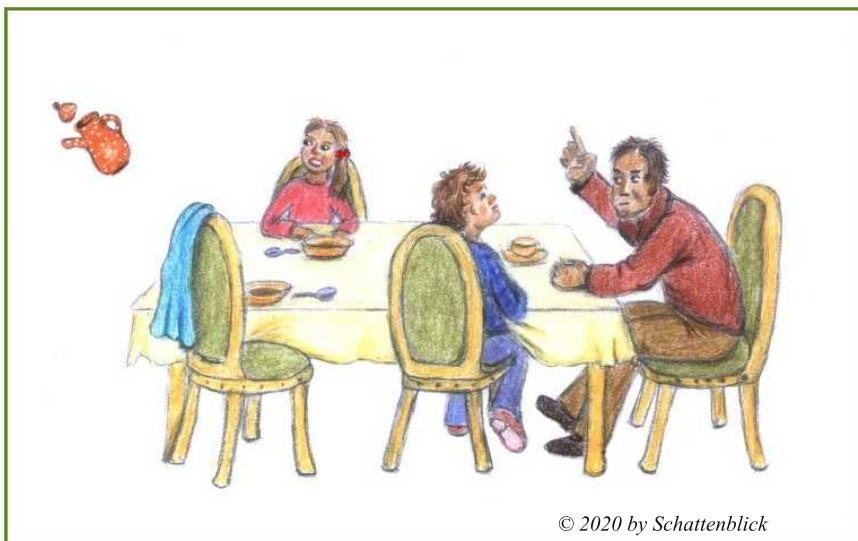
Jansa - Jirovsky
Tschechei 1992

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Vielleicht klebte Weiß doch zu sehr an der Wirklichkeit fest, so daß er die Gewinnfolge 1.Tf1-f3!! Lb4-e1! - 1...Tg8xg5 2.Tf3-h3 - 2.Tc1xe1 Tg8xg5 3.b2-b4! Da5xb4 4.Dh4xg5 Ta8-g8 - 4...Db4xe1+ 5.Tf3-f1 Ta8-g8 6.Dg5xg8+ Kh8xg8 7.Tf1xe1 e4xd3 8.Te1-e3 Lc6xa4 9.Te3xd3 h7-h6 10.h2-h4 mit weißer Gewinnstellung - 5.Dg5-h4 Db4-d2 6.Dh4-f2! Dd2xf2 7.Tf3xf2 e4xd3 8.Te1-e7 glattweg übersah.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07144.html>

Spuk und Tränen - und was nun Gespenst ... ?



© 2020 by Schattenblick

Januar 2020

Mo	6	13	20	27	
Di	7	14	21	28	
Mi	1	8	15	22	29
Do	2	9	16	23	30
Fr	3	10	17	24	31
Sa	4	11	18	25	
So	5	12	19	26	

(SB) - Rumtrums Laune war unerträglich für ihn selbst, aber auch für seinesgleichen. Fluchend und um sich spukend trampelte er mit seinen Stiefeln so feste auf den Boden, dass ihn ein Ruck bis hinauf in seinen Kopf heftig aufbrüllen ließ: "Verflucht, verdammt, ich platze gleich, ich langweile mich, niemand, den ich ärgern kann, niemand ist hier, der vor mir erzittert oder schreiend davonläuft!" Rumtrum war überzeugt, dass es seine Aufgabe als böser Hausgeist sei, die Bewohner desselben zu piesacken oder gar so in Angst und Schrecken zu versetzen, dass sie fluchtartig ihr Heim verließen. Doch die Zeiten hatten sich geändert. Die wenigen Hausgeister, die es noch gab, waren müde geworden und taten eigentlich gar nichts

mehr, außer unheimliche Geschichten ihrer niederträchtigen und furchterregenden Vorfahren zu erzählen. Rumtrum war stets ganz ergriffen und fühlte sich den alten Geistern sehr verbunden. Oft war er so aufgewühlt und voller Tatendrang, dass er es kaum aushalten konnte. Leider war er an dieses Haus gebunden. Hausgeister können sich nicht einfach in ein anderes begeben, sie sind so etwas Ähnliches wie die Seele des Gebäudes und zwar für alle Zeiten - und so wartete er schon seit langer, viel zu langer Zeit darauf, dass neue Mieter hier Einzug hielten.

Tatsächlich fand sein quälendes Warten ein Ende, als eine Familie eines verregneten, kalten Tages sich wirklich niederließ. Innerhalb einer Woche war es Va-

ter, Mutter, Großmutter und zwei Kindern gelungen, sich häuslich und sehr gemütlich in ihrem neuen Heim einzurichten. Was die Kinder anbelangte, richtete sich der Neunjährige in einem Zimmer im Dachgeschoss ein, seine kleine Schwester, die gerade mal sieben Jahre zählte, zog es hingegen vor, den kleinen Raum neben dem der Großmutter zu beziehen.

Rumtrum war hochofregut, was ergaben sich hier für vielfältige Möglichkeiten Schabernack zu treiben. Kinder sind besonders gut geeignete Wesen für Schrecknisse. Sie schrien, weinten oder rannten, suchten ein Versteck unter der Bettdecke oder Schutz bei ihren Eltern. Ja, das war so ganz nach Rumtrums Geschmack. Doch er war auch

ein Genießer und wollte nicht sogleich mit dem Unfug beginnen, vielmehr genoss er die Zeit und malte sich die allerschönsten Gemeinheiten aus.

Zunächst wollte er die Familie beobachten, damit er noch ein paar Ideen zum Erschrecken sammeln konnte. Eines Abends hatten es sich die beiden Kinder am Kamin neben der Großmutter gemütlich gemacht. "Bitte Großmutter, erzähl uns eine Geschichte", bettelte das Mädchen. "Ja, aber ein schön unheimliche", forderte der Junge.

Da begann die alte Frau mit ruhiger Stimme zu sprechen und die anfangs noch recht harmlose Geschichte wurde immer abenteuerlicher. Gebannt lauschten die Kinder - und nicht nur sie, auch Rumtrum hörte aufmerksam zu. Aber was erzählte die Alte denn da? Rumtrum war erschrocken, was wirklich nur selten oder eigentlich noch nie geschehen war.

Sie wusste über all die Schandtaten der Hausgeister zu berichten, über die fliegenden Teller und Tassen, die hüpfenden Betten, die schlagenden Türen und Fenster, die schwebenden Möbel, das laute Kreischen und Quietschen, das Poltern und das Erscheinen von Lichtgestalten, die sich durch Wände und Türen schlichen. Wie konnte das sein? Hatte sie gelauscht, wenn die alten Hausgeister ihm von vergangenen Zeiten erzählten? Nein, das wohl nicht. Ratlos kehrte er auf den Dachboden zurück und befragte seinesgleichen.

"Wir haben es dir doch schon gesagt, die Zeiten haben sich geän-

dert. Die Menschen benutzen einen Fernseher und darin werden Filme gezeigt, in denen wir mitspielen - natürlich nicht wir selbst, aber aus all den unheimlichen und schrecklichen Erlebnissen, die wir verursacht haben und die vielen Menschen so große Angst eingejagt haben, dass sie beinahe den Verstand verloren haben, wurden Filme gedreht. Viele konnten einfach nicht anders, als all das was ihnen widerfahren war, anderen zu berichten. Manche glaubten ihnen, andere belächelten sie und hielten sie für abergläubisch oder etwas verrückt. Aber als Stoff für Bücher und Filme, die bei den Lesern und Zuschauern schauriges Gruseln bewirken sollen, waren unsere Schandtaten bestens geeignet."

"Das heißt, es fürchtet sich niemand mehr vor mir, weil man glaubt, es gibt mich gar nicht wirklich?", bestürzt sah Rumtrum die Alten an. "Oh, nein, so ist es auch nicht. Kinder und Ängstliche kannst du wohl erschrecken, doch werden sie alsbald von jenen damit getröstet, dass es in Wirklichkeit keine Hausgeister gibt", erklärte einer und fügte hinzu, "ganz gleich was du auch für Poltern und Rumpeln anstellst, es wird sofort nach einer natürlichen Erklärung gesucht, damit alles wieder seine Ordnung hat. Probiere es ruhig einmal aus."

Rumtrum wartete bis die Familie am Abendbrottisch versammelt war und begann ein fürchterliches Gepolter auf dem Dachboden. Sofort sah der Vater seinen Sohn an, was denn bei ihm im Zimmer umgefallen sei, dass es so laut poltere? "Nichts,

Papa, es liegt alles auf dem Fußboden, da kann nichts fallen", behauptete der Junge.

"Das kann nicht sein, geh hoch und sieh nach! Oder willst du mir weismachen, es sei ein Gespenst im Haus," lachte der Vater laut. Rumtrum war erbost, versuchte es aber gleich noch einmal. Diesmal ließ er die Teekanne vom Tisch fallen. Das musste nun aber doch wirken. Aber nein, die Mutter schimpfte ihre Tochter, sie solle doch besser aufpassen, so eine Kanne koste viel Geld. Das Mädchen verteidigte sich, doch es half nichts.

"Die Kanne fällt doch nicht von allein vom Tisch! Sag lieber die Wahrheit, dann ist alles nicht so schlimm und ich bin auch nicht mehr böse", versuchte die Mutter sie zu ermuntern. Doch sooft das Mädchen auch erklärte, dass sie die Kanne nicht vom Tisch geworfen habe, ihr wurde nicht geglaubt. Als Rumtrum noch einige andere Gemeinheiten ausprobierte, musste er immer wieder hören, dass eine Erklärung für seine Taten gefunden wurde, stets mit der letzten, sicheren Begründung, dass Geister und Gespenster nur in Büchern und Filmen vorkämen. "Es fühlt sich irgendwie komisch an, wenn es einen nicht gibt", dachte Rumtrum.

*Weitere Abenteuer
mit Rumtrum folgen ...*

*[http://www.schattenblick.de/
infopool/kind/gesch/
kgkg0109.html](http://www.schattenblick.de/infopool/kind/gesch/kgkg0109.html)*



Schattenblick

Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert

Seit 2013 auch als Wochendruckausgabe

mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion**, der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poolnaal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.

Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben:
€ 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:

MA-Verlag, Commerzbank Heide
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00
BIC: COBADEFFXXX

**MA-Verlag
Redaktion Schattenblick**

Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Telefon: 04837 / 90 26 98
E-Mail: redaktion@schattenblick.de
Internet: www.schattenblick.de

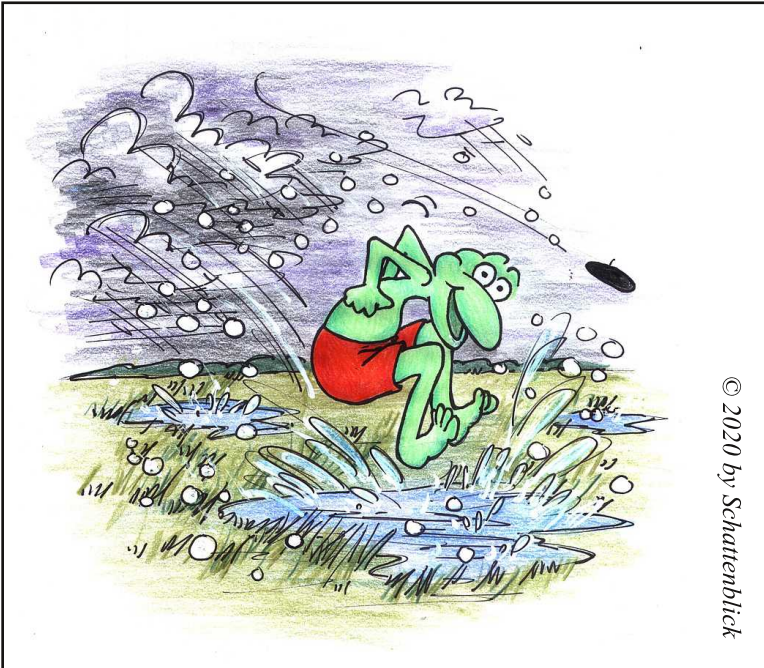
**Schattenblick Wochendruckausgabe
- fassen, lesen und begreifen -**

1 POLITIK - REPORT: ... - Demokratieverheißung und Parteienlogik ... Katharina Dahme im Gespräch
4 POLITIK - REPORT: Die Linke - menschen- und alltagsnah ... Raul Zelik im Gespräch
8 POLITIK - AUSLAND: Mexiko - Der Maya-Zug und Neokolonialismus (poonal)
12 AUSLAND: Nähmaschine statt Gewehr. Vom schwierigen Weg aus dem Guerillakampf (poonal)
15 UMWELT - MEINUNGEN: Klimaüberlebenskampf - verdampfte Ethik und Moral ...
16 SCHACH-SPHINX: Erforderliche Aggressivität
17 KINDERBLICK - GESCHICHTEN: 01-2020 Spuk und Tränen - und was nun Gespenst ... ?
20 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 9. Januar 2020

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 9. Januar 2020

Vorhersage für den 09.01.2020 bis zum 10.01.2020



Naß und kühl und sturmgetrieben,
Pfützen, Regen, Hagel frei
sind die Wetter, die wir lieben,
und Jean-Luc ist auch dabei.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
ISSN 2190-6963
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.